

— Fellowship 2024

Lars Zimmermann

— Fellowship 2024

Lars Zimmermann

— Fellowship

- 4 Vorwort Lars Zimmermann
- 6 Vorwort Norbert Lammert

— Fellowship 2024

- 10 Lars Zimmermann ist der Fellow 2024 der Konrad-Adenauer-Stiftung
- 12 GovTech Campus

— Staatsmodernisierung

- 16 Staatsmodernisierung in Deutschland – Interview

— Künstliche Intelligenz

- 24 „Technologie wird uns die Aufgaben der Demokratie nicht abnehmen“ – Interview

— KI-Kongress

- 32 Künstliche Intelligenz trifft Demokratie

— Karrierewege für junge Frauen

- 40 „Girls' Day“ 2024

— Zukunftsthemen

- 50 Zukunftsthemen
- 52 Impressionen
- 54 Rückblick Fellowship

Technologie und Demokratie gehören zusammen

VON LARS ZIMMERMANN

Der Staat ist kein statisches Gebilde. Er muss sich in einem fortlaufenden Prozess anpassen, weiterentwickeln und handlungsfähig bleiben. Ohne einen handlungsfähigen Staat gibt es keine Soziale Marktwirtschaft. Und ohne sozialen Ausgleich gibt es keinen gesellschaftlichen Frieden. Wir müssen den Staat also so organisieren, dass er für alle Politikbereiche wieder leistungsfähig wird. Das geht nicht mit Einzelmaßnahmen und punktuellen Reformen. Dazu brauchen wir eine echte Staatenwende.

Technologische Innovationen und Digitalisierung spielen hierbei eine zentrale Rolle. Technologie wird uns die wesentlichen Aufgaben der Demokratie nicht abnehmen. Demokratien brauchen Demokrinnen und Demokraten – und keine digitalen Bots. Aber digitale Lösungen und KI-basierte Technologien können staatliche Aufgaben enorm erleichtern, sie können den Fachkräftemangel mindern, innovative Lösungen für Verwaltungsprozesse anbieten und vieles mehr.

Das ist nicht nur eine technologische, sondern auch eine politische und gesellschaftliche Herausforderung. Staatsmodernisierung funktioniert nur, wenn alle mitmachen – wenn die Politik innovationsermöglichende Rahmenbedingungen schafft, wenn es eine Idee davon gibt, welchen technologischen Staat wir eigentlich wollen, und wenn die Bürgerinnen und Bürger hierin einen klaren Mehrwert sehen. Es bringt genauso wenig, neue Technologien abzulehnen, wie sie unkritisch zu übernehmen. Die Idee einer technologiefähigen Demokratie muss vermittelt werden. Das ist nicht zuletzt eine Herausforderung für die politische Bildung.

Ich bin der Konrad-Adenauer-Stiftung daher sehr dankbar, dass ich die vielfältige Arbeit der Stiftung als KAS-Fellow 2024 ein Jahr lang begleiten durfte. Wie kaum eine andere Institution kann die Stiftung an der Schnittstelle von Politik, Wissenschaft und Gesellschaft Austauschprozesse fördern, Ideen entwickeln und Lösungen diskutieren. Die vielen Begegnungen, Gespräche und Debatten, die ich im zurückliegenden Jahr mit und in der Stiftung erleben durfte, haben mir sehr deutlich gemacht, wie wichtig es ist, Dinge zu hinterfragen, neugierig zu bleiben und sich auf Debatten einzulassen. Veranstaltungen wie der große KI-Kongress der Stiftung in Berlin, aber auch Diskussionen mit jungen, Tech-affinen Frauen oder die vielen Bildungsmaßnahmen überall in Deutschland haben mich in meiner Annahme bestärkt, dass Politik und Innovationen auch immer mit Erklären und Kommunizieren zu tun haben.

Als Mitgründer und Vorstand des GovTech Campus Deutschland konnte ich in der Konrad-Adenauer-Stiftung auch einen echten Antreiber digitaler Innovationen im Staat kennenlernen – und zwar international. Um technologische Innovationen zu nutzen, sind internationale Lernerfahrungen und Austauschprozesse außerordentlich wichtig. Die Stiftung hat hier einmalige Zugänge.

Innovatives gibt es nicht nur in China, in Singapur oder im Baltikum zu entdecken. Es ist kaum bekannt, aber viele afrikanische Länder sind bei digitalen Bezahl-systemen und bei der digitalen Unterstützung von Kleinstunternehmen weiter als Deutschland. Und überall auf der Welt zeigt sich, dass schlecht regierte Länder Schwierigkeiten haben, technologische Innovationen zu nutzen. Innovationen und gute Regierungsführung gehören also zusammen.

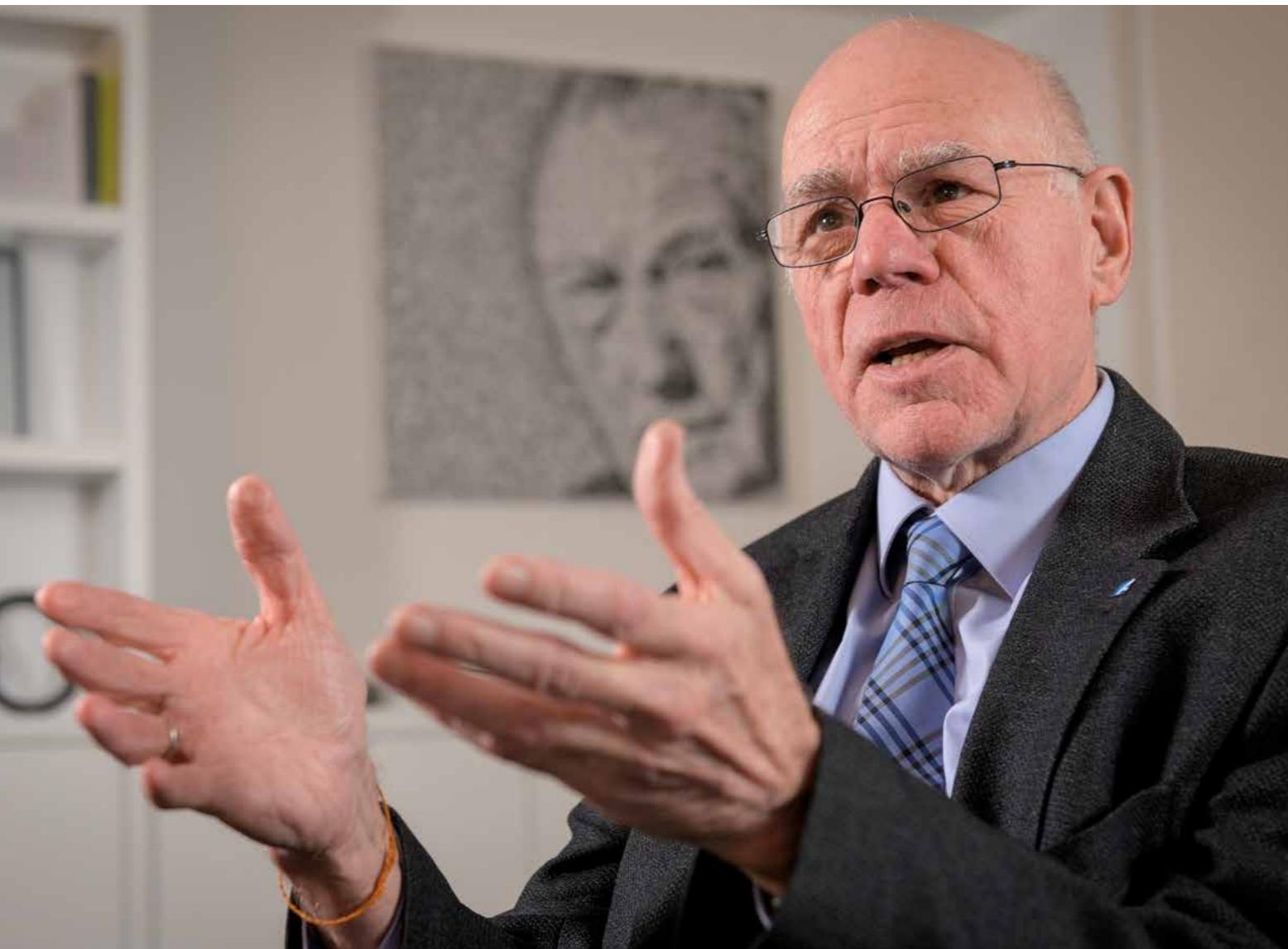
Rückblickend war mein Jahr mit und in der Stiftung ein außerordentlich facettenreiches und vielfältiges Erlebnis. Es war geprägt von vielen

Diskussionen, von Offenheit, von kritischem Austausch, von manchen kontroversen Debatten und von viel Praxis mit den Menschen vor Ort und international. Dafür gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung, ihren Gästen und Prof. Dr. Norbert Lammert mein aufrichtiger Dank. Aus meiner Sicht sind genau diese Offenheit, die Kritikfähigkeit und die vielen praktischen Erfahrungen und Begegnungen die entscheidenden Bedingungen, damit das digitale Zeitalter auch ein demokratisches wird.



Vorwort

von NORBERT LAMMERT



Die schlichte Optik von Verwaltungs- und Regierungsgebäuden ist sinnbildlich für den Zustand, in dem viele Beobachterinnen und Beobachter unser Land sehen. Mauern aus Stahl, Glas und Beton stehen für Hürden und Distanz zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik. Vieles geht zu langsam, Zuständigkeiten sind unklar, Entscheidungen werden wenig vorausschauend, gar nicht, zu spät oder falsch getroffen. Oft wochenlanges Warten auf Behördetermine, bürokratische Hindernisse, fehlende Daten oder langwierige Genehmigungsverfahren wirken sich auf das Vertrauen in die politische Ordnung aus. Der grundlegende Umbau der Verwaltungsapparate, die Modernisierung bürokratischer Abläufe sowie die verantwortungsvolle Nutzung von Datensätzen und von Künstlicher Intelligenz sind deshalb nicht nur funktionale Notwendigkeiten – sie sind nicht zuletzt auch Investitionen in die Zukunft unserer demokratischen Ordnung. Ein solcher innovativer Umbau von Bürokratie und Verwaltung ist nur erfolgversprechend, wenn er Politik, Technologie und gesellschaftlichen Wandel gleichermaßen im Blick hat. Wie kaum ein zweiter innovativer Kopf in Deutschland ist Lars Zimmermann Experte für genau diese Schnittstelle.

Lars Zimmermann hat mit dem GovTech Campus Deutschland den weltweit ersten Innovations-, Entwicklungs- und Lernraum für die Modernisierung von Staat und Verwaltung mitgegründet. Die Stiftung konnte also keine geeigneteren Persönlichkeit finden, die sie als KAS-Fellow 2024 im Kernthema Innovation ein Jahr lang bereichern, beraten, begleiten und herausfordern sollte. Dieser kritisch-konstruktive Blick von außen auf unsere Arbeit ist die Grundidee des KAS-Fellowships. Und diesen Blick hat Lars Zimmermann im zurückliegenden Jahr mit viel Erfahrung, Engagement, Elan und Eloquenz auf uns geworfen. Mit Lars Zimmermanns Unterstützung konnten wir neue Ansätze, Ideen und Konzepte entwickeln, neue Zielgruppen erreichen und neue Formate der politischen Bildung und Politikberatung erproben. Als Tech-affiner Politikberater, als kluger Macher und

kreativer Ideengeber hat er uns in vielerlei Hinsicht in neue Denkweisen, Arbeitsbereiche und Innovations-Ökosysteme eingeführt. Dafür ist ihm die Stiftung besonders dankbar.

Die vorliegende Broschüre berichtet von einigen der vielen Projekte mit Lars Zimmermann und von einem Jahr in der Konrad-Adenauer-Stiftung, das viel bunter, abwechslungsreicher und innovativer war, als es der spröde Charme deutscher Verwaltungs- und Politikarchitektur vermuten lässt.

A photograph of a large concrete structure, possibly a bridge or overpass, with a wooden board sign attached to its side. The sign has the text "— Fellowship 2024" printed on it.

— Fellowship 2024

— Lars

Zimmermann



Lars Zimmermann ist der Fellow 2024 der Konrad-Adenauer-Stiftung

Lars Zimmermann ist Mitgründer und Vorstand des GovTech Campus Deutschland e. V., des weltweit ersten Innovations-, Entwicklungs- und Lernraums für die Modernisierung von Staat und Verwaltung. Bundesregierung und Bundesländer treiben den Campus als gemeinsame Plattform mit dem Ziel voran, digitale Innovationen und Technologien für Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit der Tech-Szene zu entwickeln und nachnutzbar zu machen.

Vor der Gründung des GovTech Campus hat Lars Zimmermann in unterschiedlichen Gründungs- und Leitungsfunktionen in der Technologie- und Transformationsberatung gearbeitet und war Gründer und Sprecher des Vorstands der Stiftung Neue Verantwortung. Lars Zimmermann engagiert sich seit Jahren in den Bereichen Staatsmodernisierung und Verwaltungsreform und hat hier eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten entwickelt, angestoßen und umgesetzt.

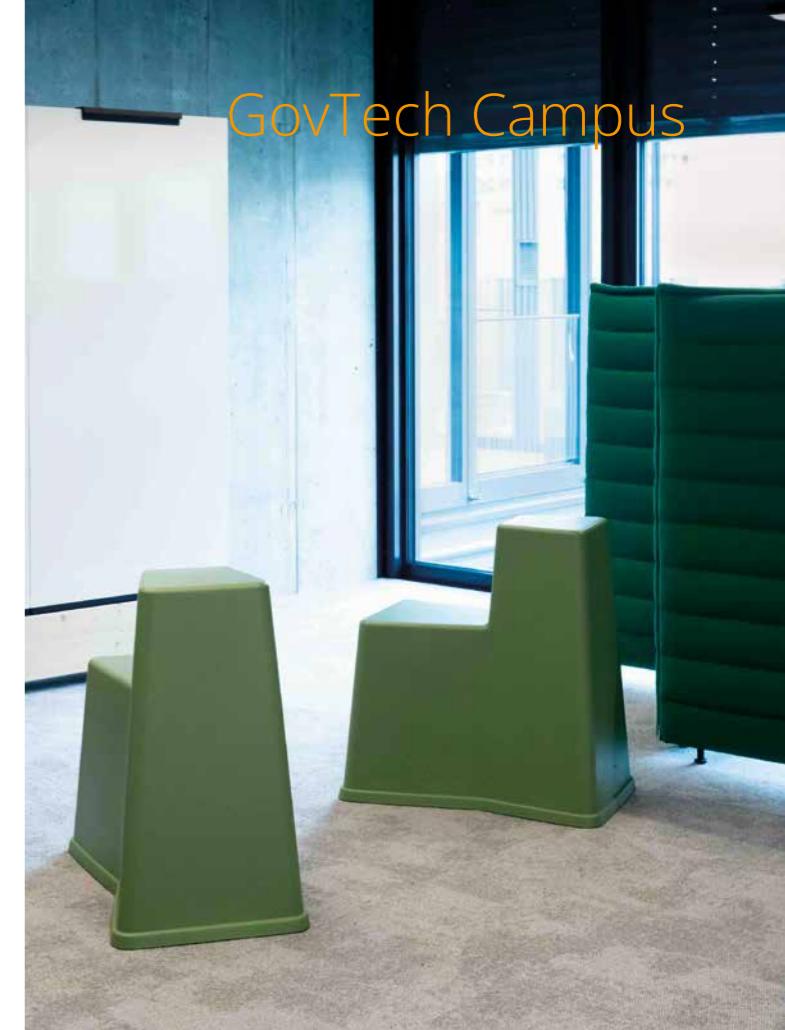
DAS KAS-FELLOWSHIP:

Das permanente Nachdenken über die eigene Arbeit ist für die politische Bildungsarbeit unerlässlich. Insbesondere der Blick von außen hilft dabei, Überholtes zu verändern, Bewährtes zu stärken und neue Ideen für die Demokratie zu entwickeln. Das Fellowship der Konrad-Adenauer-Stiftung, kurz KAS-Fellowship, soll diesen kritischen und kreativen Blick von außen auf die Arbeit der Stiftung gewährleisten. Als stiftungsübergreifende Initiative bindet das KAS-Fellowship jährlich eine herausragende Persönlichkeit aus Politik, Gesellschaft oder Wissenschaft in die Arbeit der Stiftung ein. Die Fachgebiete und Perspektiven der jeweiligen Fellows wechseln und sind interdisziplinär motiviert. Jeder und jede Fellow hat aber gleichermaßen die Aufgabe, die Aktivitäten und Positionen der Stiftung durch zukunftsorientierte, aber auch durch mahnende Impulse zu begleiten und zu bereichern.

GovTech Campus

Der GovTech Campus Deutschland versteht sich als wichtiger Motor der digitalen Transformation des öffentlichen Sektors in Deutschland. Seit seiner Gründung im Jahr 2021 ist er einem Bundesministerium unterstellt – bisher dem Bundesministerium des Innern – und agiert als Entwicklungs- und Skalierungsplattform für digitale Technologien und Lösungen im öffentlichen Sektor. Er steht für eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Nutzung moderner Technologien und digitaler Innovationen. Die erste Campus Site wurde 2021 in Berlin-Mitte eröffnet. Darüber hinaus gibt es weitere Standorte in Hamburg, Frankfurt am Main und Heilbronn.

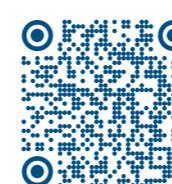
Der GovTech Campus fungiert als zentrale Plattform, die über ein eigens aufgebautes Tech-Ökosystem Technologien zugänglich macht, digitale Lösungen entwickelt und auf zentralen Plattformen bereitstellt. Ziel ist es, dass Staat und Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam mit dem Campus-Ökosystem Technologie- und Innovationsprojekte durchführen. Auf diese Weise können die Arbeits- und Herangehensweisen der öffentlichen Verwaltung modernisiert und Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen verbessert werden. Einen wesentlichen Mehrwert liefert der Campus durch die Vernetzung mit innovativen Akteuren aus der Tech-Szene, dem Beschaffungswesen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, der Open-Source-Community und der angewandten Forschung im Bereich Government-Technologie (GovTech).



Der GovTech Campus in Berlin-Mitte.

Konkret bietet der Campus seinen Mitgliedern und Residents mit Co-Ideation-, Co-Creation- und Co-Learning-Programmen eine zentrale Infrastruktur, um neue Ideen und Lösungen zu erschließen, zu entwickeln und zu erproben. Im Rahmen der Co-Ideation organisiert der Campus Wissensplattformen, auf denen Vertreterinnen und Vertreter von Verwaltungen, der Tech-Szene, der Forschung und der Zivilgesellschaft gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen IT, Recht und Vergabe Antworten auf die digitalen und technologischen Innovationsaufgaben von Bund, Ländern und Kommunen finden können.

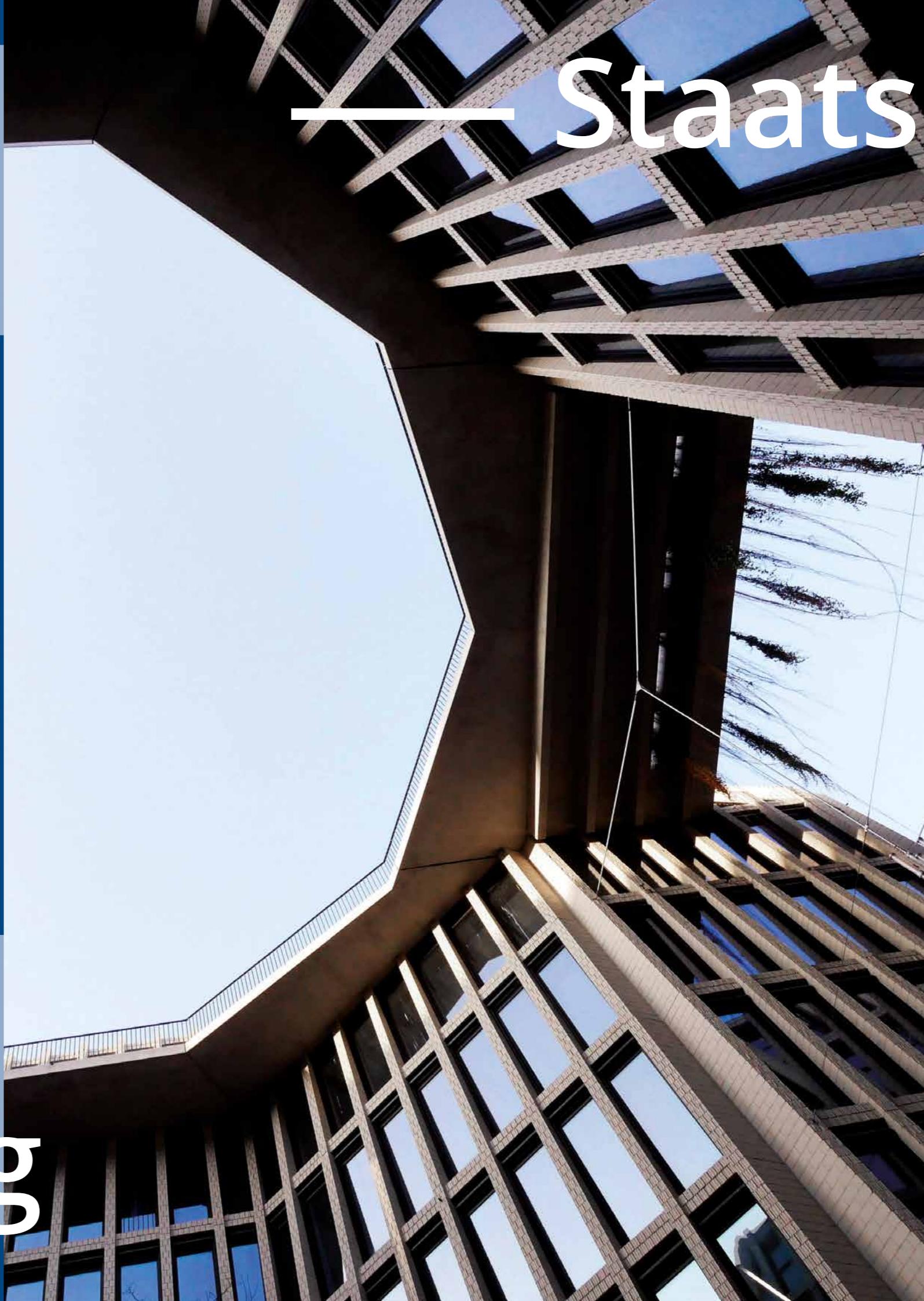
Im Rahmen der Co-Creation stellt der GovTech Campus Infrastruktur für Innovationsprojekte von Staat und Verwaltung mit passenden GovTech-Akteuren zur Verfügung. Diese reichen von IT-Dienstleistern und Open-Source-Lösungen über Hyperscaler und zivilgesellschaftliche Akteure bis hin zu namhaften Forschungsorganisationen, die digitale oder technologische Innovationen in konkrete Anwendungsfälle übertragen können. Außerdem fördert der Campus im Zuge des Co-Learnings den Austausch der Verwaltung mit dem GovTech-Ökosystem durch Fellowships, Briefings, Case-Präsentationen und weitere Austausch- und Lernformate und macht damit Expertise zugänglich.



PODCAST
FELLOW-PODCAST STAATENWENDE
Lars Zimmermann und Bernd Schlömer: <https://staatenwende-podcast-1.podigee.io/1-staatenwende-deutschland-digital>

modernisierung

— Staats



Staatsmodernisierung in Deutschland

INTERVIEW MIT LARS ZIMMERMANN

Herr Zimmermann, Sie sind Gründer, Unternehmer, Vorstand, Digital Native, Tech-Entrepreneur und KAS-Fellow 2024. Derzeit bauen Sie den 2021 eröffneten GovTech Campus auf. Was hat Sie dazu motiviert?

Als ich bei einem Risikokapitalgeber im Bereich GovTech gearbeitet habe, kam die Diskussion auf, ob der Staat eigentlich allein die Voraussetzungen für seine Modernisierung und Digitalisierung schaffen kann. Wir haben die Frage alle mit „Nein“ beantwortet. Man braucht die Tech-Szene. Und man braucht so etwas wie einen GovTech Campus, der Bund, Länder und Kommunen mit der Expertise und Kompetenz von Start-ups im Technologiebereich zusammenbringt. Als dann die Frage kam, ob ich das mit aufbauen will, habe ich „Ja“ gesagt.

Das klingt sehr spannend. Was verstehen Sie unter dem Begriff Staatsmodernisierung?

Der Staat ist kein festes Gebilde, sondern muss sich in einem fortlaufenden Prozess anpassen, um seine Handlungsfähigkeit zu erhalten – das ist im Grunde Staatsmodernisierung.

Wie würde ein funktionierender Staat heute aussehen?

Er muss in der Lage sein, das, was er will, schnell und zuverlässig in die Praxis zu überführen, und insbesondere in Krisen reaktionsfähig zu sein. Wir haben zum Beispiel während der Corona-krise an dem enormen Personalaufwand in den Gesundheitsämtern gemerkt, dass der Staat und die dahinterstehende Verwaltung nicht mehr so leistungsfähig sind, wie wir das vielleicht immer gedacht haben.

Was würde eine Staatsmodernisierung in Deutschland mit Blick auf internationale Vorbilder bedeuten?

Was meiner Meinung nach in Deutschland nicht zur Staatsmodernisierung gehört, ist eine Föderalismusreform. Die Modernisierung des Staates klingt für deutsche Ohren so groß, dass man große Gremien schaffen will und im Grunde über eine Revision des Grundgesetzes nachdenkt. Das ist aber gar nicht nötig. Im Gegenteil: Man sollte vielmehr das, was man schon verändern kann, auch verändern. Neben den oft genannten Vorbildern Estland, Dänemark und Singapur baut ein großes Land wie Indien seinen Staat und seine Verwaltung auch mit digitalen Technologien massiv um. Deutschland sollte sich die Fragen stellen: Sind die Ministerien noch richtig organisiert? Arbeiten sie ressortübergreifend? Habe ich in den Ministerien die notwendige Expertise für Staatsmodernisierung und Digitalisierung?



Debatte an der Sächsischen Landesbibliothek - Staats- und Universitätsbibliothek Dresden.

Was verbindet die von Ihnen genannten Länder in ihrer Herangehensweise? Ist es mehr Entscheidungsfreude oder wird Ermessen anders ausgelegt?

Ich denke, es sind vier Punkte. Der erste und wichtigste ist politische Führung. Staatsmodernisierung ist kein Thema, das man an Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker auslagern kann. Ohne einen handlungsfähigen Staat gibt es keine Soziale Marktwirtschaft. In den erfolgreichen Ländern wurde die Modernisierung des Staates zur Chefsache gemacht. Zweitens handeln diese Länder sehr entschlossen und mit klaren Zielsetzungen. Zum Beispiel würde man in Deutschland nie den Satz hören: „Wir wollen ein Gesundheitssystem, das zu den drei besten der Welt gehört.“ Stattdessen reden wir über den digitalen Führerschein oder eine kleinsteilige Digitalisierung der Gesundheitsämter. Das Dritte ist eine gewisse Zentralisierung. Wir brauchen nicht hunderte Lösungen für ein und dasselbe Problem. Modernisierung kann auch in föderal organisierten Ländern zentral orchestriert werden. Viertens: Die Modernisierung muss zusammen mit der Tech-Szene stattfinden. Der Staat muss nicht nur wissen, was er kann, sondern vor allem wissen, was er nicht kann. In allen erfolgreichen Staaten wurde die Expertise – wie etwa Softwareentwickler – von außen geholt.

Um den dritten Punkt aufzugreifen: Wo müsste Deutschland zentraler und wo mit Blick auf das Subsidiaritätsprinzip föderaler werden?

Ich selbst habe in Bonn unter anderem politische Wissenschaften studiert und wurde mit dem Subsidiaritätsprinzip quasi aufgezogen. Das ist im Digitalisierungsbereich jedoch Gift, weil wir der untersten Ebene mit den wenigsten Ressourcen die größte Verantwortung geben. Die einzelnen Kommunen müssen nicht noch einmal selbst Geld in die Hand nehmen, um das Rad neu zu erfinden. Vielmehr ist zum Beispiel der Bund gefragt, Plattformlösungen zu entwickeln, die die Kommunen nutzen können.

Oft wird neben einem neu eingeführten digitalen Prozess ein analoger Prozess beibehalten. Wie stehen Sie dazu?

Wenn wir wirklich entschlossen wären, Staat und Verwaltung zu digitalisieren, dann wäre das Prinzip nicht *digital first*, sondern *digital only*. Natürlich bräuchte es dann auch Übergangsphasen und Unterstützungsangebote für ältere Menschen, aber dieses Argument wird oft als Vorwand benutzt, um nur halbherzig zu digitalisieren.

Wie könnten solche Unterstützungsangebote aussehen?

Wenn ich an meine Heimatstadt Schwerte in Westfalen denke, dann hatten dort früher alle großen Banken eine Filiale. Heute sind die meisten geschlossen, weil viele Menschen ihre Bankgeschäfte online erledigen. Gleichzeitig haben fast alle kleinen und mittelgroßen Städte in Deutschland ein meist großzügig gebautes Rathaus. Das wäre der ideale Ort, um zentral einen Bürgerservice einzurichten, der Personen beibringt, wie sie ihre Anliegen mit dem Amt, der Bank oder der Versicherung digital erledigen. Wenn wir einen solchen Digitallotsen flächendeckend in den Kommunen anbieten könnten, wäre viel gewonnen.



PODCAST
FELLOW-PODCAST STAATENWENDE
Lars Zimmermann und Thorsten Frei:
<https://staatenwende-podcast-1.podigee.io/2-deutschland-effizient>

Staatsmodernisierung

Sehen Sie in der Digitalisierung einen Widerspruch zwischen unserem Anspruch, möglichst viel Informationsfreiheit zu erreichen, und dem, gleichzeitig möglichst viel Datenschutz zu gewährleisten?

Ich sage immer: Am Ende schlägt der Konsument in uns den Demokraten. Wir bestellen online, wir nutzen Suchmaschinen und Social Media und akzeptieren schon heute, dass unsere Daten weiterverarbeitet werden. Doch bei der öffentlichen Verwaltung legen wir plötzlich einen strengeren Maßstab an. Wir sollten vielmehr in einer Risikoabwägung die Vorteile der Datennutzung zum Beispiel im Gesundheitsbereich ergreifen. Wir müssen die Datenschutzdebatte nicht beenden, sollten aber den Fokus stärker auf Datensicherheit legen. Beispielsweise könnten Daten auch dezentral gespeichert werden, damit sie nicht alle an einem Ort liegen. Doch wenn die Politik schon ängstlich kommuniziert, können wir nicht erwarten, dass die Gesellschaft das anders macht.

Wie kann Künstliche Intelligenz zur Modernisierung von Staat und Verwaltung beitragen und was sind die Voraussetzungen?

KI kann hier einen großen Beitrag leisten. Gleichzeitig werden nach meiner Ansicht kurzfristig die Vorteile von KI überschätzt, aber langfristig unterschätzt. Was braucht KI? KI ist nicht von Anfang an ein kluges System, sondern muss mit Daten gefüttert werden. Und wo gibt es historisch gesehen die meisten Daten? In der Finanzverwaltung, wo übrigens mit am meisten Personal fehlt. Das große Problem ist, dass diese Daten aufbereitet, strukturiert und zugänglich gemacht werden müssen. Bevor man also KI nutzen kann, liegen sehr viele unattraktive Aufgaben, wie eine Recheninfrastruktur schaffen, eine Cloud aufbauen, Standards einführen und Daten zusammenführen. Diese Themen finden auch in der Presse weniger Anklang, als wenn man als Politikerin oder Politiker eine neue KI-Lösung präsentiert. Im Übrigen sollten wir nicht nur auf Technologie warten. Man könnte schon heute das Steuersystem enorm entlasten, indem zum Beispiel viele Leute in einem einfachen Angestelltenverhältnis keine Steuererklärung mehr machen müssten.

Kann KI den Fachkräftemangel auffangen?

Wenn wir neue Technologien einsetzen würden, ohne die Prozesse zu verändern, dann wären wir – ich sage es jetzt einmal sehr deutlich – ziemlich dumm. Ein Prinzip der Bonner Republik war es, auf ein Problem mit mehr Geld oder mehr Personal zu reagieren. Beides haben wir in diesem Umfang nicht mehr. Bevor wir Prozesse digitalisieren oder KI-Lösungen für sie anbieten, sollten wir überlegen, ob wir sie in dieser Form überhaupt noch brauchen. Durch den zunehmenden Fachkräftemangel kann der Staat zentrale Funktionen nicht mehr besetzen und tritt im Werben um Fachkräfte als Konkurrent zur eigenen Wirtschaft auf. Ein analoger Staat schadet sich doppelt, indem er ineffiziente Strukturen aufrechterhält und der Wirtschaft Fachkräfte entzieht.

Könnten wir uns nicht auch auf einen Punkt zubewegen, an dem Technologie selbst die komplexesten Prozesse abbilden kann, sodass sie politische Reformen schlichtweg überholt?

Ja, das halte ich für einen sehr gefährlichen Kippunkt für eine Demokratie. Wir sind zum Beispiel immer weniger in der Lage, die Auswirkungen einer politischen Veränderung im Finanz- und Steuersystem zu verstehen. Aktuell hat der Staat gegenüber privaten Anbietern noch den einen Vorteil, dass er seine eigene Komplexität versteht und damit arbeiten kann. Doch wenn diese durch Dritte auflösbar wird und bessere Dienstleistungen erbracht werden, könnte man auch fragen, wofür wir den Staat eigentlich noch haben. Deswegen halte ich Staatsmodernisierung für ein unglaublich wichtiges Thema für unsere Demokratie.



Um auf Ihre vier Punkte vom Anfang zurückzukommen: Was bedeutet für Sie in diesem Zusammenhang politische Führung? Braucht es den großen Wurf? Und wo braucht es kleine Schritte?

Wir brauchen eine Idee davon, welchen technologischen Staat wir eigentlich wollen. Bislang digitalisieren wir Prozesse und sagen dann: „Jetzt ist auch gut.“ Es ist auch eine deutsche Besonderheit, dass wir denken, es müssten immer erst alle an Bord sein, bevor wir anfangen können, also zum Beispiel, dass sich erst Bund und Länder einigen müssen. Doch der Bund kann bereits für sich anfangen, seine Erfahrungen teilen und die Länder dazu einladen. Dafür braucht man starke Rückendeckung aus dem Kanzleramt. Man muss als Kanzlerin oder Kanzler diese Prozesse nicht selbst durchführen, aber man muss sich jemanden holen, der das für einen tut, und dann muss man als entscheidende Qualität einer guten Führungskraft in Veränderungsprozessen diese Person schützen, um die Reformen durchzusetzen.

Wie viel Vision brauchen wir für diesen Weg?

Der Begriff der Vision wird in Deutschland oft belächelt, aber genau die brauchen wir, verbunden mit hoher Ambition. Nehmen wir zum Beispiel das Grundgesetz oder die Soziale Marktwirtschaft. Beide wären in einer Nachkriegswelt nicht so entwickelt worden, wenn man nur von Monat zu Monat oder von Jahr zu Jahr gedacht hätte.

Staatsmodernisierung

Wenn Sie Bundeskanzler wären, wie würden Sie vorgehen, um den Staat zu modernisieren?

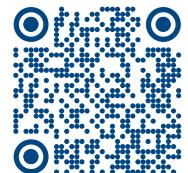
Ich würde damit anfangen, der Bevölkerung ein klares Bild davon zu vermitteln, was es eigentlich heißt, dass die Demokratie technologiefähig werden muss. Zum Beispiel hat die Debatte um die Kindergrundsicherung und die für die Umsetzung veranschlagten 5.000 Stellen gezeigt, dass der Staat ein Organisationsproblem hat. Dann würde ich als Bund vorangehen und mit vielen kleinen Projekten in konkreten Politikfeldern anfangen, diese schnell operationalisieren und zentral durchführen. Das zeigt den Menschen, dass es erste konkrete Verbesserungen im Alltag gibt. Dafür würde ich im Kanzleramt eine Experteneinheit mit einer Z-Abteilung und einem Zentralbudget aufbauen. So kann man alles selbst machen und muss nicht mit anderen Ministerien zusammenarbeiten. Alle Funktionen, die man zentral organisieren kann, baut man dann einmal für alle, damit nicht jedes Ministerium das noch einmal nachbilden muss. Dann haben Sie eine Legislaturperiode viel zu tun, aber nach vier Jahren auch viele Ergebnisse.

Was wäre die eine Staatsreform, die als kleinster gemeinsamer Nenner unbedingt durchgeführt werden müsste?

Am wichtigsten wäre die sogenannte Registermodernisierung. Das ist eine zentrale Datenbank mit Grunddaten wie Vor- und Nachname, Wohnort, Geburtsdatum und Beschäftigungsverhältnis. Derzeit muss man seine Daten ständig neu angeben. Wenn der Staat wüsste, was er eigentlich schon weiß, wären wir einen großen Schritt weiter. Wenn man andererseits dieses Zentralregister nicht hat, kann man eigentlich die gesamte Verwaltungsdigitalisierung vergessen. In vielen Ländern muss man keine Anträge mehr stellen, um Sozialleistungen zu bekommen, weil dem Staat die Informationen bereits vorliegen. Es werden aktuell in immer mehr Politikfeldern wie der Bildungspolitik oder der Wirtschaftspolitik eigene Zeitenwenden gefordert. Aber warum bauen wir den Staat nicht einmal um, damit er für alle Politikbereiche wieder leistungsfähig wird? Wir brauchen eine Staatenwende.

Das Interview führte Marcel Schepp für die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gekürzte und bearbeitete Version.



INTERVIEW

Das Interview im Original:
https://erststimme.podigee.io/94-erststimme_lars_zimmermann



— Künstliche Intelligenz

— Küns



„Technologie wird uns die Aufgaben der Demokratie nicht abnehmen“

INTERVIEW MIT LARS ZIMMERMANN

Die Dampfmaschine hat die industrielle Revolution eingeleitet und mit der technischen Entwicklung hat sich auch die Gesellschaft nachhaltig verändert. Stehen wir heute mit Künstlicher Intelligenz an der Schwelle zu einem ähnlich großen Sprung?

Ehrlicherweise muss man sagen, man weiß es noch nicht. Ich bin immer etwas vorsichtig, sofort die große Revolution auszurufen. Ich vermute aber, dass KI einen ähnlich großen Einfluss auf die Gesellschaft haben wird. Wir stehen vor einem Entwicklungssprung, der vor fünfzehn Jahren noch nicht denkbar gewesen wäre. Vor vier Jahren hat noch niemand von

uns über große Sprachmodelle wie ChatGPT geredet oder gar damit gearbeitet. Es fand ein Durchbruch in der KI statt, der zum ersten Mal auch die Breite der Bevölkerung auf verschiedenen Ebenen erreicht hat. Wenn man diese Entwicklung weiterdenkt, dann muss man eigentlich zu dem Schluss kommen, dass KI in der Tat – wie die Dampfmaschine oder andere große Technologien – einen riesigen Entwicklungssprung bringen könnte. Das birgt natürlich Risiken, aber vor allem auch eine Menge Chancen. Und aus meiner Sicht kommt diese Entwicklung genau zur richtigen Zeit.

Wieso kommt sie zur richtigen Zeit?

Wir haben beispielsweise weltweit das Problem, aber vor allem in den Industrieländern, dass die demografische Entwicklung Lücken aufreißt. Wenn wir Künstliche Intelligenz richtig weiterentwickeln und nutzen, können wir in vielen Berufsgruppen diese Lücken gut füllen. Ein zweites Beispiel ist die Verbesserung der Rechenkapazitäten. Mit Künstlicher Intelligenz und der Verbesserung der Recheninfrastruktur können wir heute Daten verarbeiten, managen und kontextualisieren – Fähigkeiten, die wir vor zehn Jahren noch nicht hatten. Deswegen glaube ich, dass wir, obwohl wir uns in einer Zeit großer Herausforderungen befinden, durch KI auch große Chancen haben. Wir erleben große technologische Sprünge, die uns helfen können, Krankheiten zu besiegen, Medikamente zu entwickeln und Personalengpässe auszugleichen.

Über welchen Zeitraum sprechen wir da?

Das ist eine gute Frage – niemand wird das heute mit Sicherheit beantworten können. Ich kann es vielleicht so formulieren: Kurzfristig werden die Innovationssprünge von KI oft deutlich überschätzt, während sie mittel- bis langfristig sehr unterschätzt werden. Ich bin überzeugt, dass wir in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren enorme Entwicklungssprünge erleben werden.

Und kurzfristig?

Kurzfristig können beispielsweise große Sprachmodelle zu Effizienzsteigerungen führen. Diese Modelle sind bereits sehr leistungsfähig und können viele Aufgaben übernehmen, aber sie können zum Beispiel keine Referentinnen und Referenten in einem Bundesministerium ersetzen. Die aktuelle KI benötigt nach wie vor Menschen, die mit ihr arbeiten und sie steuern. Das könnte sich allerdings ändern, wenn Technologie und Rechenkapazitäten so weit fortgeschritten sind, dass KI bestimmte Aufgaben ohne menschliche Unterstützung übernehmen kann. Dennoch glaube ich nicht, dass wir eine Massenarbeitslosigkeit durch KI erleben werden. Im Gegenteil, ich sehe KI als eine Möglichkeit, die Knappheiten zu beheben, die durch den Mangel an Arbeitskräften entstehen. Es geht nicht um den Abbau von Ressourcen, sondern um das Füllen von Lücken.

Damit sind wir auch schon mitten im zweiten Themenblock. KI wird oft als Bedrohung wahrgenommen, wird häufig mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, Fake News und Deepfakes assoziiert. Was sind dagegen die Chancen von KI?

Zunächst einmal kann KI Verwaltungsprozesse erheblich verbessern. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung erhalten durch KI ein Instrument, mit dem sie ihre Aufgaben besser und schneller erledigen können. Ein gutes Beispiel dafür sind große Sprachmodelle. Diese ermöglichen es, Texte schnell zu schreiben und zusammenzufassen. Ein Anwendungsfall ist, wenn Referentinnen und Referenten in Ministerien Vorlagen erstellen müssen. Oft verlangt eine Ministerin oder ein Minister, dass ein umfangreicher Text auf eine prägnante Seite reduziert wird. Früher hat das oft viel Zeit in Anspruch genommen. Schon mit den heutigen großen Sprachmodellen kann dieser Prozess gut automatisiert werden. Was früher eine Stunde in Anspruch nahm, lässt sich jetzt in wenigen Sekunden erledigen. Das spart enorm viel Zeit und erhöht die Effizienz.

Werden dadurch nicht hauptsächlich einfache Routinetätigkeiten ersetzt und hier viele Stellen abgebaut, während gleichzeitig höher qualifizierte Fachkräfte fehlen?

Ich bin mir da noch nicht sicher. Ich glaube, dass Tätigkeiten mit einem mittleren und höheren Anforderungsprofil tendenziell gefährdet sind als einfache Tätigkeiten. Das betrifft auch viele Kontrollinstanzen in der Verwaltung, die aktuell von höher qualifizierten Fachkräften übernommen werden, in Zukunft aber automatisiert erfolgen können. Zum Beispiel könnten auch Jobs in der Versicherungsbranche, die von Akademikerinnen und Akademikern ausgeführt werden, durch KI gefährdet sein. Es geht also nicht nur um einfache Tätigkeiten, sondern auch um solche, die ein höheres Qualifikationsniveau erfordern. KI macht dann noch keine Jobs obsolet, sondern verändert die klassischen Anforderungsprofile dieser Jobs. Wer da nicht mitgeht, wird es schwer haben.

Aktuell kommen die größten Unternehmen im KI-Bereich aus den USA. Besonders in dieser Branche gilt der sogenannte Netzwerkeffekt, bei welchem der Marktführer stark profitiert und dann aber auch wenig Platz für Mitbewerberinnen und Mitbewerber lässt. Werden dadurch Länder, die keine Industriestaaten sind, nicht noch weiter abgehängt?

Es gibt diesen berühmten Satz: Im Bereich der Künstlichen Intelligenz gibt es keinen Platz drei mehr. Entweder Sie sind der Weltmarktführer oder Sie sind der, der dem Weltmarktführer auf den Fersen ist. Dieses Risiko gilt aber für alle Länder – das ist aus meiner Sicht kein typisch entwicklungspolitisches Thema. Wichtig ist, dass diese Herausforderungen nicht von einem einzelnen Land allein bewältigt werden können. Gerade in Regionen wie Südamerika wäre es von großer Bedeutung, dass die Länder überregional zusammenarbeiten, um sich mit dem Thema KI auseinanderzusetzen. Allerdings bleibt die Notwendigkeit einer Good Governance bestehen. Schlecht regierte Länder werden auch in Zukunft Schwierigkeiten haben, technologische Innovationen zu nutzen. Eine qualitativ hochwertige, auf demokratischen Grundwerten basierende Regierungsführung wird bei dynamischen technologischen Entwicklungen noch entscheidender. KI kann diese Aufgabe der Good Governance nicht übernehmen. Diese Arbeit muss weiterhin in den Händen der Menschen liegen und wird wohl noch wichtiger werden.

Was sind die konkreten Aufgaben der Politik bei diesen neuen technologischen Entwicklungen?

Erstens denke ich, dass Politik mehr Interesse an KI entwickeln muss. Erfolgreiche Länder in Zeiten von Innovationen sind oft diejenigen, die offen und neugierig auf neue Technologien sind. Zweitens ist es essenziell, Kooperationen zu suchen. Kein Land, auch nicht die USA, kann das Thema KI allein und in der erforderlichen Tiefe angehen. Für kleinere Länder wie Deutschland und Frankreich ist es umso wichtiger, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Ganz wichtig ist auch der dritte Schritt: Innovations ermögliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Der vierte Schritt ist die tatsächliche Anwendung von KI. Ein Beispiel aus der Vergangenheit



KI generiertes Bild

zeigt, dass die Deutschen weltweit führend im Automobilbereich wurden, weil der heimische Markt stark war und die Deutschen selbst massenhaft Autos kauften. Im Bereich der KI gibt es noch kein Land, das sich glaubwürdig an die Spitze der Anwendung gesetzt hat, sei es im Bildungsbereich oder im Gesundheitswesen. Der fünfte Schritt betrifft die Ausbildung. Bei allen Themen, einschließlich KI, ist Ausbildung von entscheidender Bedeutung. Die Entwicklung und Anwendung von KI und anderen Technologien wird nicht erfolgreich sein, wenn wir keine erstklassigen Ausbildungsorganisationen und Bildungssysteme haben.

Politik ist auch immer Erklären und Kommunizieren. Was wären positive Narrative zu KI?

Es gibt viele positive Geschichten, die man über KI erzählen kann. Ein Vorteil ist der Innovationsgewinn: KI ermöglicht es, große Datenmengen zu verarbeiten und Rechenzentren effektiv zu nutzen. Dies kann im Gesundheitsbereich zu bahnbrechenden Forschungen führen. Ich bin überzeugt, dass ich noch erleben werde, dass Krebs routinemäßig geheilt werden kann. Mit der fortschreitenden Rechenkapazität und der Verarbeitung von Gesundheitsdaten könnten wir Medikamente entwickeln, die Krankheiten besiegen, die vor zwanzig oder dreißig Jahren noch als unheilbar galten. Oder nehmen Sie das Beispiel des russischen Angriffskriegs:

„Wir stehen vor einem Entwicklungssprung, der vor fünfzehn Jahren noch nicht denkbar gewesen wäre.“

Ohne KI-Fähigkeiten wäre die Ukraine nicht in der Lage, ihre Drohnen so effizient und effektiv für ihre Verteidigung einzusetzen, obwohl sie im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Waffen so unzureichend ausgestattet wird. Diese KI-Fähigkeit in Kombination mit Drohnen ist für die Verteidigung der Ukraine von entscheidender Bedeutung.

Führt KI auch zu neuen Beteiligungsformaten in einer repräsentativen Demokratie?

Der klassischen Form der Demokratie kann ich sehr viel abgewinnen. Ich bin der Überzeugung, dass Technologie uns die wesentlichen Aufgaben der Demokratie nicht abnehmen wird. Was meine ich damit? Ich glaube nicht, dass Künstliche Intelligenz uns automatisch zu besseren Demokratinnen und Demokraten macht oder dass sie uns besser informiert wählen lässt. Demokratie ist in meinen Augen ein System, das zwischen Menschen und Institutionen funktioniert. Der Mensch wird immer der zentrale Akteur in einer Demokratie sein, der durch Mehrheitsentscheidungen Beschlüsse fasst. Deswegen bin ich da im besten Sinne konservativ. Ich glaube nicht, dass demokratische KI-Systeme die Demokratie retten werden.

Gerade in den US-amerikanischen Wahlkämpfen lässt sich beobachten, wie die Wählerin und der Wähler für Wahlkampfstrategen durch KI-gestützte Auswertung großer Datenmengen gläsern wird. Welche Auswirkungen hat das auf die Demokratie?

Dass Parteien mehr über ihre Wählerinnen und Wähler wissen und gezielte Werbung schalten können, ist eine Entwicklung, die wir schon immer hatten. Ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte zeigt uns: Mit der Erfindung des Buchdrucks konnten plötzlich Flyer in Massen gedruckt und verteilt werden, und ich bin sicher, dass der erste politische Flyer nicht lange nach der Erfindung des Buchdrucks erschienen ist. Das Prinzip bleibt dasselbe: Technologien helfen uns, Informationen schneller und in Echtzeit zu verbreiten. Ist es ein Risiko, wenn die Politik mehr über die Bevölkerung weiß? Nicht unbedingt. Gefährlich wird es, wenn Staaten alles wissen und die Erlaubnis haben, diese Informationen zu einem umfassenden Informationsblock zusammenzuführen und zur Politikgestaltung auszunutzen. Auch hier sehen wir: Good Governance wird am Ende entscheidend sein. Man könnte das indirekt auf die KI schieben, weil ohne sie der Staat diese Informationen nicht in gleichem Maße sammeln könnte. Aber man muss Innovation aushalten können.

Künstliche Intelligenz

Was kann der oder die Einzelne tun, um sich auf das Zeitalter der KI vorzubereiten und damit gut umzugehen?

Zunächst einmal ist es wichtig, neugierig und offen zu bleiben. Solange man sich aktiv mit neuen Entwicklungen auseinandersetzt, bleibt man informierter und souveräner. Wer versteht, wie etwas funktioniert, kann besser entscheiden, ob er es nutzen möchte oder nicht. Deutschland hat in vielen Bereichen Innovationsföhrerschaft erreicht, weil Menschen bereit waren, Neues auszuprobieren. Auch im Bereich der KI sollte man versuchen, verschiedene Anwendungen auszuprobieren und zu verstehen. Dabei sollte man eine konstruktiv-kritische Haltung entwickeln. Es ist nicht sinnvoll, alles Neue sofort abzulehnen oder unkritisch zu übernehmen. Stattdessen sollte man versuchen, sich eine ausgewogene Meinung zu bilden und das Neue kritisch zu hinterfragen. So kann jede und jeder Einzelne einen Beitrag leisten, um die Gesellschaft und das Land auf diesem Weg voranzubringen.

Das Interview führte Jonathan Neu für die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gekürzte und bearbeitete Version.



INTERVIEW

Das Interview im Original:
<https://dialogopolitico.org/special-edition-2025-artificial-democracy/lars-zimmermann-technology-wont-relieve-us-of-democracys-tasks/>



gress

— KI-Kon

— KI-Kongress



Künstliche Intelligenz trifft Demokratie

Der KI-Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Hi Ai!“ – bereits der Titel des Kongresses, zu dem die Konrad-Adenauer-Stiftung am 20. März 2024 ins Berliner Kosmos einlud, sollte signalisieren: Keine Angst vor Künstlicher Intelligenz. Fast 200 Gäste aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur drängten auf der eintägigen Konferenz in das ehemalige Kino im Zentrum des Berliner Ostens. Auf insgesamt 17 Teilveranstaltungen konnten Besucherinnen und Besucher in Workshops, Trainings, Ausstellungen, Gesprächen und Pitchs sowohl die technologischen Aspekte von KI als auch deren Auswirkungen auf Verwaltung, Behörden und demokratische Prozesse erleben und diskutieren.

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, steckte zu Beginn die Zielsetzungen ab. Niemand, so Lammert, sei in der Lage, sowohl die technischen als auch die politischen, sozialen oder ökonomischen Aspekte und Auswirkungen des Einsatzes Künstlicher Intelligenz vollends abzudecken. Aber genau das wolle der Kongress versuchen. Es ging also nicht nur um KI als technologische Innovation, sondern auch um die Auswirkungen von KI auf Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft. Wie kann KI also Staat und Demokratie unterstützen? Welche Regulierungsmaßnahmen sind erforderlich? Perspektiven von Start-ups sowie

Jungunternehmerinnen und -unternehmern kamen ebenso zu Wort wie Expertinnen und Experten für Cybersicherheit und Verteidigungspolitik. Erkenntnisse aus der Bildungspolitik, der Verwaltungsmobilisierung, der Technologiebranche und aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen trafen auf Politikerinnen, Experten, Journalistinnen, Berater, Neugierige und auf einen künstlich animierten Konrad Adenauer.

Therapeut und Besserwisser

Diese Multiperspektive wurde bereits auf dem ersten Panel sichtbar und zog sich anschließend durch den gesamten Tag: Rebekka Reinhard, Gründerin des KI-Magazins *human*, leitete die Diskussion mit einem Gedankenexperiment ein. Sie fragte nach möglichen Charakterisierungen und Zuschreibungen für Künstliche Intelligenz. Lars Zimmermann zeichnete hierauf zunächst das Bild eines nervenden Mitbürgers. Dieser wisse immer mehr und alles besser, präge aber auch Diskurse und sei nicht mehr wegzudenken.

Für den Kommunikationsexperten und KI-Berater Juri Schnöller war KI hingegen eine Art Beziehungstherapeut, der die Chance bietet, den massiven Vertrauensverlust in Parteien, Staat und Demokratie wiederherzustellen. KI verändere, wie politische Botschaften transportiert werden. Entscheidend sei aber vor allem, welches Bild von Gesellschaft dem zugrunde liege. Schnöller appellierte: Wir können viel debattieren, aber wir dürfen die soziodemografischen Realitäten in Deutschland nicht vergessen. Lars Zimmermann knüpfte hier an: „Bevor wir über die ganzen weichen Themen – die nicht unwichtig sind – reden, müssen wir die harten, klaren Kompetenzen im Land aufbauen.“ Das erfordere strategische Entscheidungen, welche die Politik noch nicht getroffen habe.

Wie KI auf demokratische Prozesse wirken kann, wurde in einem anschließenden Planspiel erlebbar. Konkret ging es um die Bundestagswahl 2025. Eine KI-generierte Desinformationskampagne schürte Ängste und Misstrauen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren aufgerufen, in verschiedenen Rollen hierauf zu reagieren und ebenfalls mithilfe KI-generierter Tools Gegenstrategien zu entwickeln. Es wurden Kampagnen, Videos und Reden entwickelt. Es wurde debattiert und improvisiert. Und es wurde immer wieder deutlich: Künstliche Intelligenz ist schon jetzt fester Bestandteil von politischen Prozessen in modernen Demokratien – im Guten wie im Schlechten.

Magie und Sicherheit

Der Gaming-Experte und Politikberater Manouchehr Shamsrizi brachte anschließend die Frage auf: Ist KI Magie – und was macht sie mit uns? Seine Antwort war wenig magisch, aber umso deutlicher: Die Auseinandersetzung mit Narrativen und Erzählungen sei fast so wichtig wie der Einsatz von KI selbst. Verweise auf Schwächen, Limitationen und Kosten

von KI, so Shamsrizi, seien in der Debatte immer lauter als die Darstellung von Chancen und Möglichkeiten. Dem müsse etwas entgegengesetzt werden. Auch Yosi Aviram, Direktor des israelischen National Cyber Directorate, verwies auf Chancen und Risiken. Aus seiner Sicht sei es unumgänglich, KI zur Verbesserung von Cybersicherheit zu nutzen: „It's a constant battle between attacker and defender in the fast changing world of AI-powered cyber security.“ Stefan Saatmann, Fachmann für Cybersicherheit bei der Siemens AG, knüpfte hierin an. Technologische Ökosysteme können aus seiner Sicht nur durch KI gesichert werden. KI und Cybersicherheit seien aber nicht nur technologische Herausforderungen, sondern auch zentrale Elemente der Gewährleistung von kollektiver Sicherheit und des Schutzes demokratischer Freiheiten. Die Diskussion unterstrich, wie wichtig die Multiperspektive ist. Innovationen können letztendlich nur in einem digitalen Umfeld geschaffen werden, das auch sicher ist.

Regeln, die nicht bremsen

„Wir bekommen Kompetenzen nur, wenn wir Freiheiten haben und nicht nur Regulierungen“, erklärte die Bundestagsabgeordnete Ronja Kemmer (CDU) mit Blick auf die regelgeleitete Nutzung Künstlicher Intelligenz im Bereich Governance. Alisha Andert, Vorstandsvorsitzende des Legal Tech Verbands Deutschland, unterstrich die Dringlichkeit eines einheitlichen gesetzlichen Rahmens für KI-Anwendungen in Deutschland. Es dürfe nicht achtzig verschiedene Interpretationen von Gesetzeslagen geben. Auch Parsa Marvi MdB (SPD) verdeutlichte die Bedeutung eines solchen Ansatzes mit Blick auf die konkreten KI-Bedürfnisse von Organisationen und Unternehmen. Föderaler Wildwuchs sei hier kontraproduktiv. Ebenso identifizierte er die öffentliche

Verwaltung als den Bereich, der von einem gezielten Einsatz von Künstlicher Intelligenz am unmittelbarsten profitieren könne. Flora Geske von SUMM AI, einem Unternehmen, das KI-Tools für leichte Sprache entwickelt, ging dann in die Details der KI-gestützten Optimierung von Verwaltungsabläufen. Neunzig Prozent der Verwaltungskosten ließen sich durch den Einsatz von KI-Technologien einsparen – theoretisch.

Alexa Möller von der Softwarefirma Polyteia berichtete anschließend von der Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium in Schleswig-Holstein, das dank KI-Innovationen zu einem Leuchtturmprojekt im Bereich des öffentlichen Dienstes avanciert ist. Mit Hilfe von KI werde hier die Bereinigung und Organisation interner Datenbanken und die Erledigung von Bürgeranfragen erheblich vereinfacht. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeute dies Zeitsparnis und Entlastung.

1. Debatten fanden in mehreren Räumen im Kosmos Berlin statt.

2. Norbert Lammert eröffnet den KI-Kongress.



1.

2.



Öffentlicher Sektor im Wandel

Auch Lars Zimmermann ist davon überzeugt, dass KI den öffentlichen Dienst und damit auch das Vertrauen in die Demokratie stärken kann. Kurz- und mittelfristig liegen hier die größten Chancen: Datens Mengen könnten erschlossen, Transparenz hergestellt und Fachkräftemangel ausgeglichen werden. Dies aber sei ohne organisatorische Veränderungen der Verwaltung nicht denkbar – KI bedeute für den öffentlichen Sektor daher auch einen Kultur- und Organisationswandel. Der sei längst im Gange, so Zimmermann. Es werde bereits alles Mögliche ausprobiert. Die Anwendungsbereiche reichten von der digitalen Inklusion durch KI-entwickelte leichte Sprache über Analysetools in der Außenpolitik bis hin zu KI-Systemen zur Unterstützung einfacher Verwaltungsprozesse.

Aber es lauerten auch Gefahren. Gerade von der Politik würden die Einsatzmöglichkeiten von KI massiv überschätzt, die langfristigen Effekte dagegen sehr stark unterschätzt. Die enormen Übererwartungen könnten zu Enttäuschungen führen, die langfristigen, strukturellen Veränderungen würden dann nicht angegangen. Staat und Verwaltung müssen nach Einschätzung von Lars Zimmermann also handeln. Das gehe nicht nur über Partnerschaften mit Tech-Unternehmen, sondern brauche auch den Aufbau eigener Kompetenzen. Vor allem aber müsse der Staat durch das Setzen von Regeln aktiv werden.

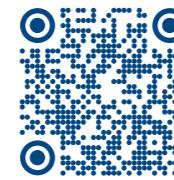
Künstliche bildet menschliche Intelligenz

Bei der Rolle Künstlicher Intelligenz im Bildungsbe reich gehe es längst nicht mehr um das ‚Ob‘, sondern nur noch um das ‚Wie‘, stellte Matthias Graf von Kiel mansegg von der Vodafone Stiftung zu Beginn des Panels „AI meets Education“ fest. Bereits heute sei KI zentraler Bestandteil im Bildungssektor. Diana Knodel von der Firma fobizz, die Fortbildungsangebote für den Einsatz von KI an Schulen entwickelt, und Anja Tempelhoff von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie waren sich anschlie-

ßend einig: KI biete Schülerinnen und Schülern erhebliche Chancen. Vor allem könnten sie individuell angesprochen werden und zeitnah Feedback zu schulischen Leistungen erhalten. Sven Schütt von der privaten Fernuniversität IU Group wies auf einen weiteren Nutzen hin: KI ermöglichte es, im Bildungskontext Beteiligungshürden zu verringern und Barrieren abzubauen. In der Auswertung des Panels zu KI und Bildung hielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fest: KI kann die Lehrkräfte nicht ersetzen, aber unterstützen. Fachwissen sowie Lese-, Frage-, Sach- und Interpretationskompetenz werden durch KI immer wichtiger. Und schließlich: Schülerinnen und Schüler können KI-Assistenzen gewinnbringend für sich nutzen, wenn sie über Funktion, Chancen und Herausforderungen aufgeklärt werden. Daraus ergaben sich vier As und ein B: Aufklären, Ausprobieren, Akzeptieren, Aktiv werden und Begleiten.

KI ganz praktisch

Der KI-Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung bot schließlich noch eine Reihe ganz praktischer Perspektiven. Charlotte Kufus von der juristischen Fachberatung Legal OS stellte KI-Lösungen vor, die Transparenz und Zugänglichkeit rechtlicher Informationen für Unternehmen verbessern. Lukas Wutke von der KI-Beratung tracebloc verdeutlichte die Notwendigkeit maßgeschneiderter Entwicklungen bei digitalen Transformationsprozessen in Unternehmen. Und die Schauspielerin, Regisseurin und Autorin Maria Schrader widmete sich im Gespräch mit dem Filmproduzenten Johannes Kagerer schließlich der nicht ganz unerheblichen Frage: Ist Liebe zwischen Mensch und Künstlicher Intelligenz möglich? Alle, denen diese Frage zu anmaßend war, fanden auf den zahlreichen Informationsständen und Side Events des KI-Kongresses der Konrad-Adenauer-Stiftung genügend andere Antworten.



INTERVIEW

KI und Politische Kommunikation:
https://www.youtube.com/watch?v=Jbp1eFZO_k4



4.

3. V. l. n. r.: Rebekka Reinhard, Juri Schnöller, Jeanette Hoffmann und Lars Zimmermann auf dem Eröffnungspanel „AI meets Democracy“.

4. Die Weltzeituhr unweit des Kongresszentrums im KI-Bubble Design.

5. Eintauchen in KI-generierte Welten mit Virtual-Reality-Brillen.



ewege für junge Frauen

— Karriere



1.



2.

1. Die Teilnehmerinnen des „Girls' Day“ 2024 auf dem Weg zum Bundestag.
2. Offener Austausch mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
3. Eröffnungsimpuls von Lars Zimmermann.
4. Friedrich Merz und Joachim Klose im Gespräch.

„Girls' Day“ 2024

Junge Frauen für die Tech-Branche und die Politik begeistern

Entgegen allen Absichtserklärungen und Verlautbarungen: Frauen sind in der Spitzentechnologie immer noch selten vertreten. Auch der „Girls' Day“ 2024 der Konrad-Adenauer-Stiftung mit insgesamt vierzig Teilnehmerinnen – ein Projekt, das die Stiftung zusammen mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchführt, um jungen Frauen Berufswege in technischen Berufen aufzuzeigen – begann mit einer ernüchternden Einsicht. „In Europa liegt die Zahl der von Frauen gegründeten Unternehmen bei nur circa elf Prozent“, mahnte Lars Zimmermann in seinem Impuls zum Start des „Girls' Day“ am 25. April 2024 in Berlin. Vor allem in naturwissenschaftlich-technischen Berufen sowie in entsprechenden Führungspositionen ist die Unterrepräsentation von Frauen gravierend. Dabei wären weder das Raumfahrtprogramm der NASA noch die Entschlüsselung von Funksprüchen der deutschen Kriegsmarine im Zweiten Weltkrieg ohne Mathematikerinnen möglich gewesen.

Dass es auch anders geht, zeigten im Anschluss die Chemikerin Marion Hitchcock von der Bayer AG, die Forscherin Elisa Czerski, Geschäftsführerin von N Robotics, und die Wirtschaftsinformatikerin Alexandra Zins von SAP, die in technischen Berufen beeindruckende Karrieren gemacht haben. Alle drei sind überzeugt: Unternehmen mit (mehr) Frauen sind erfolgreicher. Mit vielen persönlichen Einblicken in ihre beruflichen Tätigkeiten, aber auch in die Schwierigkeiten und Hindernisse für Frauen in von Männern dominierten Berufsfeldern machen sie Mut und zeigen Wege auf.

3.



4.

Karrierewege für junge Frauen

„Girls' Day“ 2024

Ob diese Wege über Quoten und gezielte Förderungen gehen müssen, bleibt offen. Im GovTech Campus gebe es jedenfalls keine gezielten Förderprogramme. Hier sei man überzeugt, dass Benachteiligungen strukturell angegangen werden müssen. Auch bei der Betreuung von Kindern könnten und müssten Unternehmen helfen. Was sich außerdem bezahlt mache, so Lars Zimmermann, seien eine offene und wertschätzende Unternehmenskultur und die gezielte Ansprache von Frauen bei Ausschreibungen. Das erhöhe den Pool an Bewerberinnen und sorge für ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis. Dass die Mehrheit der Führungspositionen im GovTech Campus mit Frauen besetzt ist, habe aber einen ganz plausiblen Grund: Man habe einfach die besten ausgewählt.

Von der Spitzentechnologie zur Spitenpolitik: Mut machte den Teilnehmerinnen auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU Deutschlands, Friedrich Merz MdB, der ebenfalls beim „Girls' Day“ vorbeischaute und sich Fragen nach mehr Teilhabe und Karrierechancen von Frauen stellte. Nach einem Spaziergang durch den Berliner Tiergarten trafen die Teilnehmerinnen im Deutschen Bundestag auf Abgeordnete aus der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Auch im Bundestag und allgemein in der Politik sind Frauen immer noch deutlich unterrepräsentiert. So mache der Anteil der weiblichen Abgeordneten in der Fraktion gerade einmal ein Viertel aus, erläuterte Mechthild Heil MdB, die Vorsitzende der Gruppe

der Frauen. Das müsse geändert werden – ob mit oder ohne Quote, hier scheiden sich nach wie vor die Geister. Ein Rundgang durch den Bundestag brachte viele Einblicke in den parlamentarischen Alltag. Und ein gemeinsames Mittagessen bot Raum für Gespräche zwischen Teilnehmerinnen und Abgeordneten, u. a. mit Christina Stumpp MdB (stellv. Generalsekretärin der CDU Deutschlands), Nadine Schön MdB und Dorothee Bär MdB (beide stellv. Fraktionsvorsitzende), Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas MdB, Anja Karliczek (Bundesministerin für Bildung und Forschung a. D.), Christiane Schenderlein MdB und Kerstin Radomski MdB.

5. Nadine Schön beim Austausch im Bundestag.

6. Christiane Schenderlein im Gespräch mit den Teilnehmerinnen.

7. Die Teilnehmerinnen vor dem Reichstagsgebäude.



Karrierewege für junge Frauen

8. Lars Zimmermann beim
Deutschen Bundestag.



8.

„Unternehmen mit (mehr) Frauen
sind erfolgreicher.“





„Vor allem in naturwissenschaftlich-technischen Berufen sowie in entsprechenden Führungspositionen ist die Unterrepräsentation von Frauen gravierend. Dabei wären weder das Raumfahrtprogramm der NASA noch die Entschlüsselung von Funksprüchen der deutschen Kriegsmarine im Zweiten Weltkrieg ohne Mathematikerinnen möglich gewesen.“

themen

— Zukunfts





Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) ist aus guten Gründen eines der zentralen Themen der Stiftungsarbeit. KI prägt die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften und ist ein Gamechanger für Forschung und Entwicklung. Die EU steht vor der Herausforderung, in einer multipolaren Welt eine robuste technologische Souveränität im Bereich der KI zu entwickeln. KI soll die öffentliche Verwaltung, aber auch die Handlungsfähigkeit des Staates verbessern. Hierbei müssen langwierige Verwaltungsprozesse und der Fachkräftemangel bewältigt werden. Die EU-KI-Verordnung und die DSGVO schaffen zwar Vertrauen, stellen aber auch hohe Anforderungen dar. Um KI effektiv zu nutzen, sind Rahmenbedingungen nötig, die Innovation fördern und gleichzeitig Risiken minimieren.



Moderner Staat

Staatsmodernisierung war bis vor Kurzem noch ein Nischenthema. Das hat sich geändert. Spätestens mit dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung und dem neuen Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung ist das Thema auf der politischen Prioritätenliste oben angekommen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat diesen Perspektivwechsel schon früh begleitet. Mit der Formulierung von zehn Thesen für eine Staatsreform wurden bereits 2021 Ideen und Impulse vorgelegt, die nachfolgende Reformansätze mitprägten. Vor allem in juristischen Fragen konnte die Stiftung Akzente setzen und die bundespolitische Debatte vorantreiben. In unterschiedlichen Formaten und Projekten begleitet sie seither die Diskussion über einen modernen Staat und konkrete Reformmaßnahmen staatlicher Institutionen und Prozesse. Handlungsleitend ist hierbei die Überzeugung, dass Staatsmodernisierung ein Dauerthema ist.

MEHR ZUM THEMA

Publikation: *Mehr Handlungsfähigkeit für die öffentliche Verwaltung mit Künstlicher Intelligenz*

<https://www.kas.de/de/web/guest/mehr-ki>

MEHR ZUM THEMA

Publikation: *Für einen handlungsfähigen deutschen Staat*

<https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/staatsmodernisierung>



Elektronische Identität

Um natürliche oder juristische Personen in unterschiedlichen Transaktionen digital abbilden zu können, ist eine elektronische Identität entscheidend. Sowohl bei Verwaltungsprozessen wie auch bei wirtschaftlichen Transaktionen ermöglicht erst die Gewährleistung einer eindeutigen digitalen Zuordnung verlässlichen Austausch. Die europäische eIDAS-Verordnung reguliert für den EU-Binnenmarkt nicht nur elektronische Identitäten, sondern sieht auch die Bereitstellung einer elektronischen Brieftasche (Wallet) bis Ende 2026 vor. Damit in Deutschland die elektronische Identifikation in wachsenden Nutzungsszenarien eingesetzt werden kann, braucht es Aufklärung und politische Bildung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich dafür ein, dass eine sichere und nutzerfreundliche Wallet termingerecht bereitgestellt werden kann, und bietet entsprechende Fachgespräche und Beratungsmaßnahmen an.

MEHR ZUM THEMA

Veranstaltung: *Warum die eID noch nicht fliegt und die Wallet sicher kommt*

www.kas.de/de/web/analyse-und-beratung/eid



Digitale Souveränität

Datenschutz wird oft in einem Spannungsverhältnis zu wirtschaftlichem Wachstum und Verwaltungsmodernisierung gesehen. Datenschutz ist aber auch ein außerordentlich wichtiges Instrument, um den Missbrauch personenbezogener Daten, etwa durch nicht-europäische Akteure in wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Fragen, einzudämmen. Hier besteht noch erheblicher Handlungsbedarf. Europa verfügt zwar über eine Reihe potenziell wirksamer Durchsetzungsinstrumente, um die zentralen Herausforderungen – Wettbewerbsfähigkeit, ausländische Einflussnahme und hybride Bedrohungen – zu bewältigen. Es fehlt aber ein Mechanismus, der alle verfügbaren regulatorischen Instrumente zusammenführt und zur Gewährleistung digitaler Souveränität der EU nutzt. Vor allem mit ihrem „Data Summit“ setzt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Jahren für eine bessere Datenpolitik ein.

MEHR ZUM THEMA

Publikation: *Creating the Space for Competitive & Resilient Digital Europe*

www.kas.de/de/web/guest/digital-challenges

1.



2.



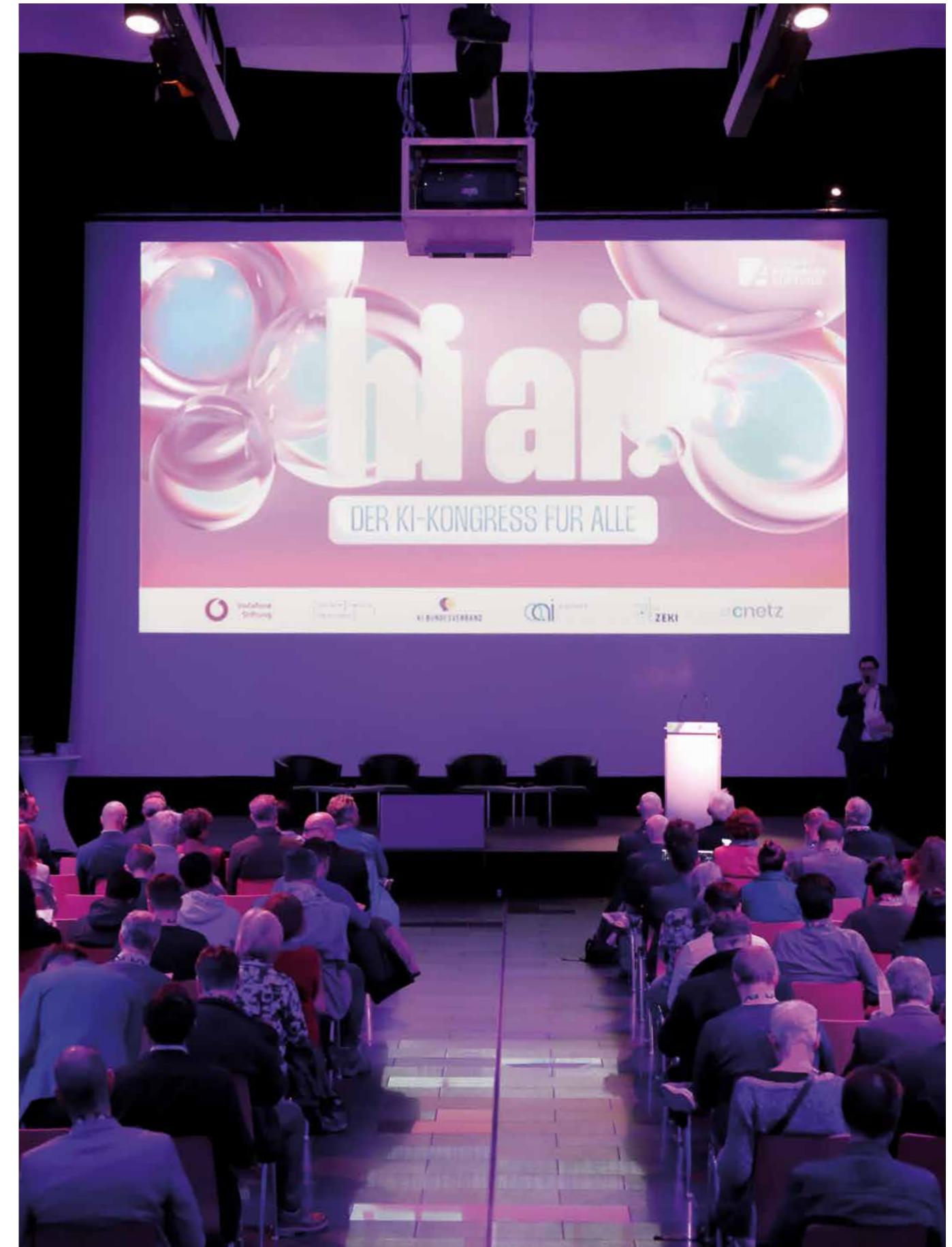
1. Lars Zimmermann im Gespräch mit Franziska Hopermann in Hamburg.

2. V. l. n. r.: Ronja Kemmer, Patricia Lips und Catarina dos Santos-Wintz beim „Girls' Day“ 2024.

3. Rebekka Reinhard moderierte das Panel „AI meets Democracy“.

4. Der KI-Kongress „Hi Ai!“.

3.



2023

Antje Boetius

... ist Präsidentin des Monterey Bay Aquarium Research Institute (MBARI) in Kalifornien. In ihrer Zeit als KAS-Fellow 2023 war sie Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, sowie Professorin für Geomikrobiologie an der Universität Bremen. In ihrer mehrfach ausgezeichneten Arbeit beschäftigt sich Prof. Dr. Antje Boetius unter anderem mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ozeane und Polarregionen und hat die Stiftungsarbeit als unabhängiger Kopf beobachtet, begleitet und mitgestaltet.

2022

Christoph Heusgen

... war viele Jahre der außenpolitische Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel und übernahm in dieser Rolle von 2017 bis 2021 die Position des Ständigen Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York. Als ausgewiesener Experte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bekleidete er von 2022 bis 2025 die Position des Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz. In seiner Zeit als KAS-Fellow 2022 beriet und unterstützte Prof. Dr. Heusgen die Konrad-Adenauer-Stiftung insbesondere bei ihrem Kernthema Sicherheit.

2021

Armin Nassehi

... ist Lehrstuhlinhaber am Institut für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Er ist in Tübingen geboren und in Gelsenkirchen und Teheran aufgewachsen. In München lehrt und forscht er im Bereich der Allgemeinen Soziologie und Gesellschaftstheorie, mit besonderem Blick auf Kultur, Politik und Wissensproduktion. Prof. Dr. Armin Nassehi gehört zu den führenden Stimmen der Wissenschaft im gesellschaftlichen Diskurs und versteht es, soziologische Analysen aktueller Gesellschaftsprobleme verständlich für die breite Öffentlichkeit zu übersetzen.

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, 2025

Redaktion:

Andreas Jacobs
Tim Elias Peter
Nora Kalweit

Bildnachweise:

Cover: © IMAGO/Cavan Images; S. 5: © Fabian Tode; S. 6: © Konrad-Adenauer-Stiftung/Marco Urban; S. 8/9: © IMAGO/Schöning; S. 10, 19 und 44: © Konrad-Adenauer-Stiftung/Gerd Markert; S. 12 und 13: © GovTech Campus Deutschland; S. 15: © IMAGO/Sabine Gudath; S. 16: © Konrad-Adenauer-Stiftung/Florian Henkel; S. 22: © smarterpix/Casa-Blanca (YAY-Micro); S. 24 und 26: KI generierte Bilder (Tool: www.dream.ai); S. 29: © IMAGO/NurPhoto; S. 30/31: © IMAGO/Olaf Schuelke; S. 32 und 37 (links unten) (KI): © Konrad-Adenauer-Stiftung/House of YAS; S. 35, 37, 52 (unten) und 53: © Konrad-Adenauer-Stiftung/Tina Flemming; S. 38/39: © IMAGO/YAY Images; S. 40–43: © CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Michael Wittig; S. 46: © IMAGO/Joko; S. 48/49: © IMAGO/Christian Kielmann; S. 50 (links): © IMAGO/Westend6; S. 50 (rechts): © IMAGO/Olaf Schuelke ; S. 51 (links): © smarterpix/VadimVasenin; S. 51 (rechts): © IMAGO/Depositphotos; S. 52 (oben): © Konrad-Adenauer-Stiftung/Aaron Henes; S. 53 (mittig): © CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Michael Wittig

Gestaltung und Satz:

KALUZA + SCHMID Studio GmbH, Berlin

Lektorat:

Ingrid Furchner
Nora Kalweit

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.
Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und -werberinnen oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).



— Fellowship